

Die aktuelle Situation

Spätestens 20 Jahre nach der Vereinbarung von Heiligenblut soll den Gemeinden im Oberen Iseltal nun endgültig ein Nationalpark auf den Kopf gesetzt werden: Und seit der Gründung des sogenannten „provisorischen“ Kuratoriums am 30. März in Matrei ist es offensichtlich, daß den Betreibern jedes Mittel recht ist, um an ihr Ziel zu gelangen. Nichts ist mehr geblieben von den oftmals gegebenen Versprechungen eines Entwicklungsprogrammes oder eines Naturparkes Tiroler Prägung. Zielgenau wird nach einem vorgegebenen und kürzlich mit Wien vereinbarten Terminplan (21. Oktober 1991) bzw. der Strategie von „Zuckerbrot und Peitsche“ in größter Eile einem Nationalpark nach internationalen Kriterien zugesteuert.

Wer kritisch und aus Verantwortung für künftige Generationen gegenüber dieser Vorgangsweise auftritt, wird von den Betreibern in Bund und Land sowie einzelnen Medien als „macht-hungrig“ oder jemand hingestellt, der nur „Horrorvisionen“ über dieses Naturschutzprojekt verbreite. Trotz anderslautender Fakten gibt es unter manchen Bauernfunktionären noch immer einige vorbehaltlose Befürworter, die betonen, es werde bei uns mit Sicherheit keinen Nationalpark nach internationalen Kriterien geben, weil ihnen das dieser oder jener Politiker zugesichert habe ...

Unbewiesener Vorwurf der „Horrorvisionen“

Derselbe Landesrat Eberle, der noch vor kurzer Zeit einen „Tiroler Nationalpark“ propagierte, findet nun plötzlich keine Argumente mehr für diese Form, weil er mittlerweile bemerkt hat, daß es weltweit keinen Landes-Naturpark gibt, der überhaupt die Bezeichnung „Nationalpark“ tragen darf. Der wahre Wille der Betreiber eines Nationalparkes in Osttirol läßt sich in der Zwischenzeit klar aus deren Handlungsweise und der Berichterstattung bereitwilliger Medien erkennen: Ergebnisse einer Volksbefragung wie in Matrei, wo sich mehr als 74 % der befragten Gemeindebürger gegen einen Nationalpark nach Salzburger und Kärntner Modell ausgesprochen haben und andere massive politische Willenskundgebungen der betroffenen Bevölkerung werden bewußt verschwiegen oder ignoriert.

Meinungsäußerungen einzelner hingen, die einen Nationalpark vorbehalt- und kritiklos als Allheilmittel propagieren, werden breit getreten und landesweit verkündet. Auf Osttiroler Gebiet wird ein zahnloses und von Innsbruck ferngesteuertes Nationalpark-Kuratorium aus lauter Befürwortern gegründet und mit einem beispiellosen Kraftakt durchgedrückt, obwohl jene zwei Gemeinden, die mehr als 50 % des einzubringenden Gebietes stellen sollen, nicht repräsentativ vertreten sind und dem Naturschutzlandesrat anläßlich der Gründungsversammlung von mehr als 70 aufgetragenen bäuerlichen Grundbesitzern aus Prägraten, Virgen, Matrei und St. Johann in aller Eindeutigkeit erklärt wurde, daß sie mit dieser überfallsartigen Vorgangsweise nicht einverstanden sind. Denn nur allzu frisch sind noch die Eindrücke von der unter vielen Geburtswunden begleiteten Gründungsversammlung der Grundbesitzer-Interessensgemeinschaft, bei der LR. Eberle noch erklärt hatte, daß „das Tempo in der Nationalparkentstehung von der betroffenen Bevölkerung bestimmt werde und es ihm auf ein Jahr früher oder später nicht ankomme ...“

Mitspracherecht für Einheimische ist reine Farce

Völlige Funkstille zu den jüngsten Vorgängen herrscht erstaunlicherweise auf seiten des Obmannes dieser „Interessengemeinschaft“, Friedl Schneeberger, der mit einem zweiten Bauernvertreter widerspruchslos in ein Kuratorium hineingegangen ist, für dessen Zusammensetzung immer eine klare Mehrheit durch bäuerliche Grundbesitzer gefordert wurde. In der Zwischenzeit ist aber nicht einmal mehr eine Mehrheit für die Einheimischen sicher, da aus Wien und Innsbruck bereits kräftig signalisiert wird, daß neben einem Vertreter des Alpenvereines nachträglich auch ein Vertreter des Bundes in Person von Anton Draxl aufgenommen werden soll, ohne den in einem künftigen Osttiroler Nationalpark überhaupt nichts mehr geht: für ihn, der sich als pragmatisierter Landesbeamter niemals einer demokratischen Wahl zu stellen hat, ist in der Mittelvergabe sogar ein Veto-Recht vorgesehen, obwohl er schon bisher - unter äußerst fragwürdigen Umständen ohne gesetzliche Grundlage - bei der Geldverteilung willkürlich zwi-

schen „förderungswürdigen“ und „nicht förderungswürdigen“ Bauern unterschieden hat. Und genau in diesem Faktum scheint auch einer der Hauptgründe für die vielen Osttirolern unverständliche Eile zu liegen, die in den letzten Wochen und Monaten an den Tag gelegt wird: Der jahrelange und unhaltbare „gesetzlose“ Zustand freihändiger Verteilung von Steuergeldern, die ohne Mitspracherecht für Landes-, Regional- und Gemeindegremien von einer einzigen Person nach Gutdünken zugewendet wurden, soll so rasch als möglich „legalisiert“ (aber nicht abgeschafft!) werden, bevor der Rechnungshof diesen in Österreich wohl einzigartigen Mißstand aufdecken kann. In diesem Dunstkreis sind wohl auch die Motive für Draxls androhten, aber vom Land selbstverständlich nicht angenommenen Rücktritt zu suchen ...

Das frivole Spiel mit unseren Steuergeldern

Das frivole Spiel mit Steuergeldern im Zusammenhang mit dem Nationalpark ist jedoch auch generell ein interessanter Aspekt:

Während das von allen österreichischen Steuerzahlern zu begleichende Defizit für die Bundestheater pro Jahr mehr als S 1,5 Milliarden ausmacht, wollen Wiener Politiker für den Tiroler Anteil des Nationalparkes und damit für die Abrundung des größten Naturschutzprojektes Österreichs gerade nur soviel Geld jährlich bereitstellen, wie alleine die Ausgaben für die Hofmusikkapelle betragen, nämlich etwa S 10 Millionen. Dazu kommen vielleicht noch die großzügigerweise im letzten Landesbudget vorgesehenen S 4,5 Millionen, „die bei Bedarf dekungs-gleich aus Raumordnungsmitteln aufgestockt werden sollen ...“ Diese Lappalien werden dann auch noch zu gewaltigen Leistungen hochgespielt und immer wieder verkündet, obwohl man auf Landesseite genau weiß, daß es dabei nur zu einer Umschichtung bzw. sogar einer Kürzung von Raumordnungsmitteln kommen muß:

Osttirol als Stiefkind Nordtirols

Auf diese Tendenz deutet auch hin, daß noch nie in den vergangenen Jahren zuvor gleichzeitig so viele Raum-